



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserationsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beilage 1 1/2 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Beförderungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 54. Mittag-Ausgabe.

Bierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 2. Februar 1863.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Kassel, 31. Jan. Die „Kasseler Ztg.“ theilt mit, daß der Abschluß eines Staatsvertrages mit Preußen und Darmstadt, die Marburg-Gießen-Sieger Eisenbahn betreffend, die Genehmigung des Kurfürsten erhalten habe.

Bern, 31. Jan. In der heutigen Schlusssitzung der Bundesversammlung sagte der Präsident des Nationalraths, Escher: Die vergangene Eidgenossenschaft habe sich der neuen Aufgabe, die ihr zu lösen vergönnt worden, vollkommen gewachsen gezeigt. Er erwähnte der abgeschlossenen Handelsverträge und meinte, daß auf diesem Gebiete die Schweiz Eroberungen machen könne und solle. Die Angelegenheit des Dappenhals sei beigelegt, ohne daß der Ehre des Landes Eintrag geschähe. Schließlich warnte Escher vor zu drückender Ausdehnung der Bundesgewalt auf die selbstständige Entwicklung der Cantone.

Paris, 31. Jan. Der Senat hat die Adresse im Ganzen mit 121 Stimmen gegen 1 angenommen.

Aus Madrid vom 30. d. wird gemeldet, daß das Kabinett für den Augenblick nicht daran denke, das Königreich Italien anzuerkennen. Prim, der nach Valencia gegangen ist, und Dazaga nehmen gemeinschaftlich die Führerschaft der progressiven Partei.

Paris, 1. Febr. Der Senat hat durch eine Deputation die Adresse dem Kaiser überreicht, der dieselbe in Gegenwart des Hofes entgegennahm; der Prinz Napoleon war nicht anwesend. Der Kaiser dankte der Deputation; was er sagte, hat dem Vernehmen nach keine politischen Beziehungen.

Paris, 1. Februar. Nach Berichten aus Athen ist Valbis zum Präsidenten der Nationalversammlung erwählt worden. Elliot hat die Thronannahme des Herzogs von Koburg und daß derselbe seinen Neffen, welcher die griechische Religion annimmt, als Thronerben adoptieren werde, angezeigt.

Turin, 31. Januar. Die von der „Europe“ gebrachte Nachricht von angeblichen Erklärungen, die Pasolini dem Gesandten Griechenlands, Mamiani, zur Mittheilung an die griechische Regierung gemacht haben soll, entbehrt jeden Grundes.

Pepoli wird künftigen Montag nach Petersburg abgehen. Nach seiner Ankunft werden, wie man versichert, die Unterhandlungen bezüglich des Handelsvertrages mit Rußland beginnen. — Die Deputiertenkammer fährt in der Berathung des Budgets fort. Es ist kein politischer Zwischenfall dabei vorgekommen.

Leipzig, 1. Febr. Bei Diefenitz hat der Aufstand einen größeren Umfang angenommen. Bei Kolobno hat ein heftiger Kampf stattgefunden, bei welchem der Anführer der Insurgenten, Langiewicz, 3000 Mann befehligte. Bei Skiernewice ist ein Transport Ausgehobener von den Insurgenten befreit worden. Insurgenten ziehen gegen Litauen.

Rom, 30. Jan. Laut Bekanntmachung der Regierung sollen 4 Millionen Thaler Schatz-Certificate in Anleihen von 100 Thlr., mit 5 pCt. verzinslich, emittirt werden. Dieselben sind in 15 Jahren vom 1. Januar 1864 ab vermittels zweier Ziehungen jährlich pari zurückzuzahlen. Die Emission geschieht bis zum 31. März d. J. à 85, vom 31. März bis zum 31. Mai à 90 und vom 31. Mai bis Ende Juli à 95 pCt.

Paris, 31. Jan. „France“ behauptet noch immer, das sogenannte römische Comité habe nicht in Rom, wohl aber in Turin seinen Sitz. Man will glauben machen, es existire eine Einheitspartei in Rom. Dasselbe Blatt meldet aus Konstantinopel: Der Sultan beschäftigt sich ausschließlich mit Kriegs- und Marine-Angelegenheiten. Er wird neue Jagdgebäude errichten und die türkische Flotte reorganisiren. „Patrie“ schreibt: Man erwartet aus Washington die Antwort auf die Note Drouyn de Lhuys in der zweiten Hälfte des Februar.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

8. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (31. Jan.)

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr. Tribünen und Herrenhaus-Löge sind ziemlich besetzt. Am Ministertische nur der Finanzminister v. Bodelschwingh.

Tagesordnung: 1) Wahlprüfungen, 2) Mittheilung eines Schreibens des Ministerpräsidenten.

Der Präsident macht mehrere geschäftliche Mittheilungen; Abg. Dr. Jahn (Coblenz) hat einen von rechtsgelehrten Mitgliedern aller liberalen Fractionen unterstützten Gesetzentwurf eingebracht, der die §§ 312 und 337 der Criminalordnung von 1805 (als unhalbar) aufheben und durch folgende Bestimmungen ersetzen will: § 1. Ein Zeuge u. s. w., welcher ohne Anrede eines gesetzlich gebilligten Grundes die Ablegung seines Zeugnisses oder die Leistung des Zeugeneides verweigert, ist mit Geldbuße bis zu hundert Thalern, oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten zu bestrafen. § 2. Für das Verbrechen in den Fällen des § 1 kommen die Bestimmungen der §§ 23—35, 37, 165—170 der Verordnung vom 3. Januar 1849 und des Art. 129 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 zur Anwendung. § 3. Wenn der Zeuge, noch vor dem Schluß der Verhandlungen in der Hauptphase, seiner Zeugnispflicht genügt, so wird die gegen ihn erkannte Strafe, soweit dieselbe noch nicht vollstreckt ist, wieder aufgehoben. § 4. Die Vorschriften des § 20 der Verordnung vom 3. Januar 1849 werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Derselbe Gesetzentwurf geht an die Justizcommission.

Vor Eintritt in die Tagesordnung überreicht der Finanzminister auf Grund allerhöchster Ermächtigung vom 26. Jan. den Nachweis über die im Jahre 1861 vorgekommenen Staatsüberschreitungen und außerordentlichen Ausgaben beauftragt Prüfung und nachträgliche Genehmigung. Der Minister fügt hinzu: Es wird dem in der vor. Session des Hauses ausgesprochenen Antrage, welchem die Regierung zugestimmt hat, entsprechende Vorlagen im nächsten Jahre zu übergeben, wenn erst abgewartet werden sollte, bis sämtliche Rechnungen zur Cognition der Regierung gelangt sind. Die Nachweisung ergibt, daß im genannten Jahre 1,878,066 Thlr. (einschließlich 1,330,370 Thlr. an Betriebskosten) an Staatsüberschreitungen vorhanden sind; außerdem die außerordentlichen Ausgaben auf 265,663 Thlr. sich belaufen. Der Mehraufwand an Betriebskosten steht mit den Mehreinnahmen in enger Verbindung und wird durch die letzteren nicht nur vollständig gedeckt, sondern sogar überschritten. — Die Vorlage geht an die Budgetcommission und man geht zur Tagesordnung: Wahlprüfung.

Die Wahl des Kreisrichters Schollmeyer wird dem Commissionsantrage gemäß für gültig erklärt, ohne daß von irgend einer Seite Bedenken dagegen erhoben werden.

Ueber die Wahl des Landraths Frhr. v. Seherr-Thos (im sechsten vollen Wahlbezirk) referirt der Abg. Forstmann: Nachdem in der vorigen Session die Wahl des Abg. Hyskulla für ungültig erklärt, sei Herr von Seherr-Thos an dessen Stelle gewählt worden, gegen die Gültigkeit dieser Wahl aber mehrere Proteste von Ortsgerichten und von einem Wahlmann, Graf Reichensbach, dem Hause eingereicht worden. Der Inhalt dieser Proteste habe dahin übereingestimmt, daß die Wahl durch den Fürsten Pleß in harte Weise beeinflusst worden und außerdem die Erklärung über die Annahme der Wahl nicht rechtzeitig abgegeben sei. Das Haus habe deshalb die Beanstandung der Wahl bis nach geschäffener Untersuchung dieser Thatsachen ausgesprochen. Diese Untersuchung habe stattgefunden, die Prüfung der Akten sei jedoch durch den Schluß der Session verhindert worden.

Die nunmehr in dieser Session stattgefundene Prüfung habe ergeben, daß die Annahme-Erklärung rechtzeitig eingegangen, aber allerdings eine Art von Beeinflussung der Wahl stattgefunden habe. Die Untersuchung sei von dem Wahlcommissar, Landrath Baron v. Richthofen, geführt worden; derselbe habe insofern das Thema probandum nicht erschöpft, und namentlich keinen von den in den Protesten genannten Zeugen vernommen (hört! hört!), so daß schon in dieser Beziehung die Commission die Sache in keiner Weise für erledigt erachten könne. Von vier vernommenen Zeugen hatten zwei gar nichts, der dritte nur von Hörensagen zu bekunden vermocht. Dieser letztere habe ausgesagt, es sei ihm mitgetheilt worden, daß 2 Tage vor der Wahl der Fürst Pleß bei einem von ihm den Schulzen des Kreises Pleß abgegebenen Frühstück dieselben aufgefodert habe, für den Landrath v. Seherr-Thos zu stimmen; — andere Wahlmänner würden nicht zur Wahl kommen. Der vierte Zeuge aber, der einzige, welcher nicht nur von Hörensagen, sondern der Schornsteinfegermeister Zimmer, habe ausgesagt: „Ich war bei dem von dem Herrn Fürsten den Schulzen und Gemeindevorsteher, deren letzteren einer mein Schwager ist, gegebenen Frühstück gegenwärtig. In Betreff der Tendenz dieses Frühstückes bemerke ich ausdrücklich, daß der Herr Fürst nach seiner Rückkunft von der egyptischen Reise bereits Einladungen an die Spitzen aller Stellungen im hiesigen Kreise hatte ergehen lassen, (große Heiterkeit) und daß nun auch zuletzt auch die Gemeindevorstände eingeladen wurden. Er hielt denselben eine Rede, worin er die Differenzen berührte, welche zwischen den Gemeinden und seinen Beamten und Verwaltern vorgekommen waren und zu Mißthelligkeiten geführt haben. Er gab seine Bereitwilligkeit zur Ausöhnung zu erkennen und führte den Leuten die nothwendigen schlimmen Folgen vor die Augen. Erst nach dem Frühstück, als die Leute durch das Getränk — (Vier) — aufgeregt waren, kam die am folgenden Tage vorzunehmende Wahl zu Sprache und wurde hin und her darüber gesprochen, worauf der Herr Fürst erklärte: „Ich bin auch Grundbesitzer und wähle den Landrath. Wählt Ihr, wen Ihr wollt! Ein weiteres ist darüber nicht vorbandelt worden.“ — Damit timme die Erklärung des Fürsten Pleß selbst geistig überein. Derselbe habe das Concept der von ihm bei jenem Frühstück gehaltenen Rede dem Wahlcommissar mit dem Bemerkens übergeben, daß er voraussetzen, dieselbe könne zu Mißthaltungen Veranlassung geben und das Concept deshalb aufbewahrt habe. Zu bemerken sei dabei, daß der Fürst die Rede zwar gehalten, einer seiner Oberbeamten aber sie verlesen habe. Dieses Concept lautet: „Ich habe Euch — als die einflussreichsten Männer der Gemeinden — zu mir berufen, um mit Euch in dieser sehr ersten Zeit ein ernstes Wort zu sprechen. Ihr wißt, daß ich mit Euch stets im besten Einvernehmen gelebt habe und ich kann es offen bekennen, daß ich auf Euch, auf Eure Anhänglichkeit an mich und mein Haus, auf Eure vertretende Liebe zu unserm König und Herrn, stets stolz gewesen bin. Ich habe daher auch, wenn ich mit dem König und seinen höchsten Dienern zusammen gekommen bin, Euch lobend erwähnt; — wenn ich Euch daher heut ernste Worte der Mahnung sagen werde, so geschieht es eben, damit dieses gute Verhältnis auch fernhin bestehe. Die Sache ist einfach: früher waren wir immer in unserem Thun und Handeln übereinstimmend; jetzt habt Ihr Leuten, die ich nicht kenne und auch nicht kennen will, Euer Ohr willig geöffnet, als sie Verleumdungen gegen die Absichten unseres geliebten Königs und gegen meine Absichten (Heiterkeit) ausstüßten — Leuten, die nicht einmal den Muth hatten, unter die an Euch abgeschickten Schreiben ihre Namen zu setzen. Daß Ihr diesen Verleumdungen Glauben schenkt, beweiset mir die Art und Weise, wie Ihr, während ich fern von Euch war, Euch bei den Wahlen zum Landtage betheiligt habt, und wie Ihr dabei ganz unverbohlen mich und diejenigen, denen ich mein Vertrauen schenke, als Eure Feinde betrachtet. (Heiterkeit.)

Es liegt in diesem Auftreten eine so ungeheure Unkenntnis der Wahrheit, daß ich Euch einige Worte der Aufklärung sagen muß. — Euer Wohl und Wehe geht mit meinem Wohl und Wehe Hand in Hand; — ich bin Grundbesitzer so gut wie Ihr, und da ich großer Grundbesitzer bin, so treffen mich alle Nachtheile, welche die Grundbesitzer treffen, in um so größerem Maßstabe. (Heiterkeit.) Ich habe daher doch offenbar nur ein Interesse — für Euer Wohl zu sorgen, weil Euer Wohl auch mein Wohl ist. Daß einer oder der andere von Euch, oder auch wohl eine ganze Gemeinde, mit einer meiner Verwaltungen irgend welchen Streit oder auch wohl einen Proceß hat, das gehört nicht hierher, — das kommt überhaupt unter Nachbarn vor. (Heiterkeit.) Anstatt diese einfache Thatsache zu erwägen, glaubt Ihr den Leuten, welche Euch sagen, ich sei Euer Gegner. Ich spreche zu Euch ehrlich, und also seid auch Ihr ehrlich. Es trete einer von Euch auf und nenne mir einen Fall, in welchem ich einen meiner Bauern absichtlich getränkt, oder wenn er in Noth war, ihm nicht nach Möglichkeit zu helfen gesucht hätte. Wenn Niemand einen solchen Fall nennen kann, nun welches Recht habt Ihr dann, den gegen mich ausgestreuten Verleumdungen Glauben zu schenken? Es sind jetzt wieder die Wahlen vor die Thür, mitbin die Gelegenheit, zu zeigen, von welcher Art unser gegenseitiges Verhältnis ferner sein soll.

Ich kann eben nur annehmen, daß — wenn Ihr einen andern Deputirten als ich — wählet, Ihr in mich kein Vertrauen setzt und mit mir nicht mehr in Freundschaft leben wollt; (Heiterkeit) so leid es mir thun wird, mit Euch nicht mehr in guter Freundschaft leben zu können, so werde ich mich doch von Euch zurückziehen, da ich — wie gesagt — annehme, daß Ihr — wenn Ihr nicht wählet wie ich — mit mir nicht mehr in Freundschaft leben wollt. (Heiterkeit.) Die aus dem von Euch gewünschten Zweifelpaß hervorzuhebenden Folgen habt Ihr Euch selbst zuzuschreiben und daß ich darunter nicht leiden werde, das — glaube ich — wird Euch wohl klar sein. (Heiterkeit.)

Nun gehet in Frieden! — sagt was ich Euch mitgetheilt habe, Euren Gemeinden, — ich mache es Euch zur Pflicht, dies jedenfalls noch vor der am 23. d. M. in Sobrau stattfindenden Wahl zu thun, damit sich die Gemeinden nicht etwa nachträglich mit Unwissenheit entschuldigen und Euch die Verantwortlichkeit für die nachtheiligen Folgen der Unterlassung treffe; — sagt ferner allen Wahlmännern, daß ich von ihnen erwarte, daß sie bei der Wahl erscheinen und ihre Pflichten gegen König und Staat thun werden. Also nochmals — es gilt — durch die Wahl entweder Freundschaft oder Feindschaft mit mir zu halten. Was aus der Feindschaft folgt, wird sich finden, — nun wählet wie Ihr wollt. — (Große Heiterkeit.)

In dem Proteste seien noch einige scharfe Aeußerungen enthalten. Die Abtheilung sei der Meinung — und er stelle hiermit in deren Namen diesen Antrag — daß die für diese weiteren Aeußerungen namhaft gemachten Zeugen noch zu vernehmen und die Vernehmung eidlich und durch den Richter zu geschähe habe. Für diese eidliche Vernehmung durch den Richter liege zwar ein Präcedensfall bisher nicht vor; er (Referent) glaube aber, daß der Zulässigkeits derselben um so weniger etwas entgegenstehe, als nach der Art und Weise, wie die Untersuchung durch den Commissar der Regierung geführt worden, nicht zu erwarten stehe, daß dabei ganz unparteiisch verfahren werden würde. — Eine bedeutende Minorität in der Abtheilung habe sich für die sofortige Ungültigkeitserklärung der Wahl auf Grund der mitgetheilten Rede des Fürsten ausgesprochen; eine andere Minorität, wozu er (Referent) selbst gehöre, sich für die sofortige Gültigkeit erklärt. Zur Rechtfertigung dieser letzteren Ansicht, deren Begründung er sich bei Ueberrahme des Referats ausdrücklich gewahrt, habe er anzuführen: es stehe zwar für ihn fest, daß eine harte Beeinflussung stattgefunden habe, aber diese Beeinflussung sei keine strafbare, und bei einer etwaigen Ungültigkeitserklärung würde der Fürst Pleß denselben Einfluß ungetraut wieder ausüben dürfen. Durch eine Ungültigkeitserklärung werde doch die Befriedigung des betreffenden Uebelstandes bezweckt; die sei aber hier nicht möglich. Die Sache sei schlimm, lasse sich aber nicht ändern. Das sei seine Ansicht. Namens der Abtheilung beantrage er, wie erwähnt, die Wahl des Abg. v. Seherr-Thos vorläufig zu beanstanden, und die Wahrheit der in den Protesten behaupteten Thatsachen durch gerichtliche Zeugenvernehmungen eruiert zu lassen.

Abg. Dr. Becker (Bochum) erklärt sich unter eingehender Wiederholung des Thatsachens gegen den Commissionsantrag und für sofortige Ungültigkeitserklärung der Wahl. Er hebt noch ausdrücklich hervor, daß der Fürst einen Tag nach jener Rede sich zum Weisler bei der Wahl habe machen lassen — während der zweite Weisler der nächstgrößte Grundbesitzer gewesen, — daß der in demselben Kreise gewählte Abgeordnete Banjura allein viel mehr Stimmen erhalten, als bei der in Rede stehenden Nachwahl überhaupt Wahlmänner erschienen waren, daß namentlich die Wahlmänner fast

aller der Dörfer, die früher für Rigulla gestimmt, sich nicht eingefunden hätten. Ob die Beeinflussung strafbar oder nicht, sei gleichgültig; hier sei bloß zu fragen, ob die Wahl gültig oder nicht, und er halte sie nach dem vorliegenden Material für ungültig. (Während dieser Rede hat sich auch der Finanzminister v. Bodelschwingh wieder entfernt.)

Abg. Frhr. v. Vinde (Stargardt) für den Antrag der Abtheilung: Die in den Protesten angegebenen Zeugen seien zu vernehmen, da das Haus ihre Vernehmung verlangt habe.

Abg. Graf Bethusy-Huc. Er beantragt die sofortige Gültigkeitserklärung der Wahl: Er sehe keinen Grund zu deren Beanstandung, weil keine unerlaubte Beeinflussung einer Behörde vorliege, die von einem Privatmann angeblich geübt aber nicht strafbar sei. Ein Frühstück sei keine Beeinflussung.

Abg. Bachsmuth für den Commissionsantrag: Wenn die von der Abtheilung angeführten Thatsachen wahr wären, so würde er sich schon jetzt für die Ungültigkeit der Wahl erklären; die Unparteilichkeit erfordere aber eine vollständige Aufklärung des Sachverhalts. Er lege Gewicht darauf, daß grade in der jetzigen Zeit nicht durch Gleichgültigkeit gegen derartige Dinge das Sittlichkeitsgefühl im Volke erschüttert werde. Es liegt kein genügender Beweis vor, daß die Rede genau dem Concept gemäß gehalten worden, da bekanntlich sehr häufig beim Sprechen Abweichungen von den beabsichtigten Aeußerungen vorlämen. Die Vernehmung der Zeugen durch den Richter halte er für zweifellos zulässig, weil das größere Recht des Art. 82 der Verfassung (Einführung einer Untersuchungs-Commission durch das Haus) auch das geringere, jeder Verwaltungsbehörde zustehende Recht der Requisition des Richters um eidliche Zeugenvernehmungen in sich schließe.

Der Schluß der Diskussion wird hierauf beantragt und genehmigt. Der Referent bemerkt noch: Er glaube aus den Akten entnehmen zu können, daß die dem Hause eingeländerten Proteste dem untersuchenden Wahlcommissar nicht mehr zugesandt worden; der frühere Beschluß des Hauses sei nur ganz allgemein dahin gegangen, daß der Thatsachensstand untersucht werden solle.

Nach einiger Diskussion über die Fragestellung wird hierauf der Antrag der Abtheilung angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist eine Mittheilung des Ministerpräsidenten. Unter allgemeiner Spannung eröffnet

Präsident Grabow: In Folge des Beschlusses dieses Hauses habe ich unter dem 29. d. M. an den Herrn Präsidenten des Staatsministeriums folgendes Schreiben gerichtet: „Das Haus der Abgeordneten hat beschlossen, an des Königs Majestät die in Abschrift beigelegte Adresse zu richten und dieselbe durch eine Deputation von 30 Mitgliedern zu überreichen. Ich erlaube mir Eure Excellenz zu ersuchen, mir gefälligst mitzutheilen, ob und wann Sie Majestät geruhen wollen, diese Deputation zu empfangen.“ — Darauf ist mir folgendes Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten zugegangen. (Das Schreiben ist bereits im gestrigen Morgenblattes wörtlich mitgetheilt worden.)

Ich proponire, fährt der Präsident fort, dem Hause, die Adresse direct durch ein von mir abzuordnendes Schreiben an Se. Maj. gelangen zu lassen (Pause). Da kein Widerspruch erfolgt, so hat das Haus diesem Antrage beigegeben. (Eine allgemeine tiefe Stille ruht auf dem Hause.) Ich bin noch nicht in der Lage, die Zeit der nächsten Sitzung zu bestimmen, da es immer noch an Material fehlt. Ich schließe daher die Sitzung, bitte die Herren Präsidenten der Abtheilungen, die Herren Schriftführer und Quästoren zu eruchen, heute Abend um 5 1/2 Uhr zu einer Conferenz zusammenzutreten.

Schluß der Sitzung 1 1/2 Uhr. [Die Budget-Commission des Hauses der Abgeordneten] beginnt am Montag ihre Verhandlungen. Das Resultat ihrer Beratungen über den für die Behandlung des Budgets diesmal einzuhaltenen Weg wird voraussichtlich in Form einer Resolution dem Hause zur Genehmigung vorgelegt werden und demselben damit Anlaß geben, die Budgetfrage nach ihrer staatsrechtlichen und politischen Seite hin im Zusammenhange zu besprechen.

Berlin, 30. Jan. [Se. Majestät der König] nahmen heute den Vortrag des Kriegsministers, des General-Lieutenants General-Adjutanten Freiherrn von Manteuffel und des Polizei-Präsidenten entgegen. — Demnachst ertheilten Se. Majestät dem bisherigen holländischen Gesandten an Allerhöchstherrn Hofe, von Schimmelpenninck, eine Audienz und geruhten aus dessen Händen das Abberufungsschreiben entgegenzunehmen. Später empfingen Se. Majestät den königl. Gesandten in Dresden, von Ranzau, und nahmen den Vortrag des Staatsministers von Schleinitz entgegen.

31. Januar. Se. Majestät der König nahmen heute den Vortrag des Militär-Kabinetts entgegen, empfingen um 1 1/2 Uhr die militärischen Meldungen in Gegenwart des General-Feldmarschalls Freiherrn von Wrangel und arbeiteten dann mit dem Wirklichen Geheimen Rath, Geheimen Kabinetts-Rath Maire.

[Ihre Majestät die Königin] besuchten gestern die verwitwete Königin in Charlottenburg. (St.-M.)

[Das Befinden des Königs.] Entgegen den besorgniserregenden Gerüchten über den Gesundheitszustand Sr. Maj. des Königs kann die „Mont.-Z.“ aus zuverlässiger Quelle berichten, daß dieselben grundlos sind. Die Krankheit des Königs war eine starke Grippe, welche die Organe des hohen Herrn heftig angegriffen hatte, besonders nachdem Seine Majestät, bereits in der Reconvalescenz begriffen, sich wiederholt erkältet hatte. Die Erholung von der Krankheit geht langsam, aber sicher vorwärts.

[Trübe Stimmung.] Mitten in die Carnevalsfeste des Hofes hinein macht in diesem Jahre sich der Ernst der politischen Situation und Stimmung geltend. Es wird uns von nahestehenden Personen versichert, daß der Ton der Feste trotz aller äußeren Heiterkeit und Lebendigkeit eine trübe Färbung nur mühsam unterdrückt. Die Adressdebatten haben den Hof lebhaft beschäftigt und die Ausführungen des Abg. Gneist sind, wie uns gemeldet wird, nicht ohne tiefen Eindruck auf hochgestellte Personen geblieben.

[Gegen den Stadtgerichts-Rath Kowalzig.] dem bekanntlich aufgegeben ward, seinen Wohnsitz aus Charlottenburg nach Berlin zu verlegen, soll eine Disciplinar-Untersuchung eingeleitet worden sein.

[Confiscationen.] Der letzte Tag des ersten Monats dieses Jahres war besonders fruchtbar an — Zeitungsconfiscationen; Morgens war die „Tribüne“ und „Der Fortschritt“, Abends „Die Berliner Allgemeine Zeitung“ mit Beschlagnahme belegt. Drei an einem Tage und zu Anfang der Woche die „Börsezeitung“ zwei Tage hintereinander!

[Die edle Sprache der Reaction.] General v. Malitzewski, Commandant des Invalidenhauses und Vorstand des preussischen Volksvereins, hat bei dem Veteranenfeste, am Geburtstage Friedrichs des Großen, von einer „abtrünnigen Rote“, von einem „Fiskarothschen“ Theile des Landes gesprochen.

[Anklage gegen Justizrath Karsten.] Wie die „B. Z.“ schreibt, ist gegen das Erkenntnis des Ehrenraths der Rechtsanwälte und Notare im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau vom 20. December v. J., welches den Justizrath Abgeordneten Karsten von der Anklage „der Verletzung der Ehrenhaftigkeit und des Anstandes“ freisprach, seitens der zuständigen Ober-Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt.

[Die Geistlichen sollen reactionär sein.] Prof. Hengstenberg polemisiert in der „So. Kirchenztg.“ gegen den Erlaß des Ober-

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Stein.
Druck von Graf Barth und Comp. (R. Friedrich) in Breslau